



Bundesverband e.V.

PRESSEINFORMATION

AWO-Sozialbarometer zeigt: Zuversicht hängt vom Geldbeutel ab

Berlin, 23. Februar 2015. Fast Zweidrittel (64 Prozent) der Befragten blicken laut AWO Sozialbarometer ihrer persönlichen Zukunft eher mit Zuversicht entgegen; 34 Prozent eher mit Sorge. Das sei erfreulich, und doch zeige schon ein „zweiter Blick auf die Umfrage“, so der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler, „dass die Zuversicht bei Menschen mit einem monatlichen Nettohaushaltseinkommen von unter 1.500 Euro - um einiges geringer ausfällt.“ Diese Gruppe fühlt sich zudem in der Frage nach Absicherung im Leben zu 26 Prozent (15 Prozent der Gesamtbefragten) eher nicht bzw. ganz und gar nicht abgesichert. Sehr viel zuversichtlicher fällt der Blick in die Zukunft bei den Befragten mit einem monatlichen Nettohaushaltseinkommen von über 3.000 Euro: hier liegt der Anteil der Befragten bei 76 Prozent; ebenso fühlen sich auch nur 8 Prozent dieser Gruppe eher nicht bzw. ganz und gar nicht abgesichert.

Auf die Frage, wer für die Absicherung des Einzelnen verantwortlich ist, antworteten 39 Prozent der Befragten, dass der Staat dafür Mittel bereitstellen müsse. 41 Prozent, dass der Einzelne dies privat zu leisten hätte. Haushalte mit weniger als 1.500 Euro erwarten dabei kaum mehr vom Staat, als Haushalte mit über 3.000 Euro (49 zu 39 Prozent). „Es bleibt spekulativ, aber vielleicht sind die Menschen inzwischen so durch öffentliche Diskurse über den schlanken Staat, sparen bei den Staatsausgaben, der schwarzen Null und leere Kassen beeindruckt, dass sie von Staatsseite immer weniger Unterstützung erwarten“, erklärt Wolfgang Stadler.

In Zukunft werde es vor allem darauf ankommen, betont der AWO Bundesvorsitzende „allen Menschen gleiche Bildungschancen zu ermöglichen, um gute Voraussetzungen für eine berufliche Perspektive zu erhalten. Dazu muss viel mehr in den Sozialstaat investiert werden.“ Das kostet Geld, aber „wir brauchen einen solidarischen Sozialstaat“, fordert der Bundesvorsitzende. Hierzu seien verschiedene Maßnahmen zwingend notwendig. Zum einem müsse die Einnahmehasis des Staates verbessert, zum anderen mehr Verteilungsgerechtigkeit hergestellt werden. „Eine Neugestaltung der Vermögensbesteuerung ist ebenso unumgänglich“, so Stadler weiter. Gerade von der Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die seit 1997 aufgehoben wurde, erwartet die AWO eine Verbesserung der Einnahmesituation des Staates. „Überdies geht es uns um die Umverteilungswirkung, die vor allem dann gegeben ist, wenn die durch die Vermögensbesteuerung erzielten Einnahmen in bessere Chancen für weniger Vermögende investiert werden“, unterstreicht Stadler. Diese Investitionen sollten aus Sicht der AWO dann in die Verbesserung von Bildung und Betreuung fließen. Darüber hinaus können mit einem qualitativen und quantitativen Ausbau der Infrastruktur Teilhabechancen für alle Kinder hergestellt werden. „Dies sind sicher einige Aspekte, die einen solidarischen Sozialstaat ausmachen sollten, damit möglichst viele Menschen

zuversichtlich in die persönliche Zukunft blicken können“, schließt AWO Bundesvorsitzender Stadler.

Das AWO-Sozialbarometer fragt nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland. Die Studie wird von TNS-Infratest durchgeführt.

Weitere Informationen unter www.awo-sozialbarometer.org

Kontakt

Peter Kuleßa

030/26309-4553

peter.kulessa@awo.org